


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 27.02.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	20:25 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Kordon
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Komplexprojekt Grüne Clara - Bestätigung der Entwurfs- planung BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes	0244/25
4.	Behandlung von Anfragen	
4.1.	Verkehrssituation - Grundschule am Schwemmbach Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Kordon BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr	2132/24

4.2.	Arbeitsstand Begrünungssatzung Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch und Herr Straube BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe	2224/24
4.3.	Gemeinschaftsschule 8 und 10: Verkehrssituation Mittelhäuser Straße Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Kordon BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr hinzugezogen: Schulleitung Gemeinschaftsschule 8 und 10	2282/24
4.4.	Treppe Brühler Holzweg/Nicolaus-Siegen-Straße Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Rechenbach BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr	2357/24
4.5.	Mobiliar im öffentlichen Raum am Beispiel Anger Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Morgenroth BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr	2474/24
4.6.	Selbstverpflichtung zum Baumschutz und das Baumkataster Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Maicher BE: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport	0080/25
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
5.1.	Generalsanierung der Kindertagesstätte 70 "Haselnussweg" BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement hinzugezogen: stellv. Ortsteilbürgermeister Wiesenhügel	2192/24
5.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2192/24 - Generalsanierung der Kindertagesstätte 70 "Haselnussweg" BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	0555/25
5.2.	Neubau 2. BA Erweiterung mit Mensa für die Grundschule 19 "Christian Reichardt", Im Gebreite 34, Erfurt BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement	2266/24

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 5.2.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2266/24 - Neubau 2. BA Erweiterung mit Mensa für die Grundschule 19 "Christian Reichardt", Im Gebreite 34, Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | 0556/25 |
| 6. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 6.1. | Bebauungsplan ANV770 - "Erholungsgebiet Andreasried" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe | 1369/24 |
| 6.1.1. | Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 1369/24 - Bebauungsplan ANV770 - "Erholungsgebiet Andreasried" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke | 0602/25 |
| 6.2. | Evaluierung des Bebauungsplan BUE219 - aktuelle gesetzlichen Rahmenbedingungen bzgl. Klima und Starkregen
BE: Ortsteilbürgermeister Urbich
hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe | 0105/25 |
| 6.3. | Bonusregelungen für EVAG-Kunden wegen Fahrplaneinschränkungen bei steigenden Ticketpreisen
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0297/25 |
| 6.3.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0297/25 - Bonusregelungen für EVAG-Kunden wegen Fahrplaneinschränkungen bei steigenden Ticketpreisen
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | 0447/25 |
| 6.4. | Barrieren für Spielplätze in Erfurt abbauen
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter Bau und Verkehr | 0460/25 |
| 7. | Festlegungen des Ausschusses | |

- | | | |
|------|---|----------------|
| 7.1. | Festlegung aus der öffentl. Sitzung SBUKV vom 23.01.2025 zum TOP 5.5 – DS 2052/24 - Magdeburger Allee: Müll in den Baumscheiben/ hier: Nachpflanzungen
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0366/25 |
| 7.2. | Festlegung aus der öffentl. Sitzung SBUKV vom 23.01.2025 DS 2075/24 - TOP 8.2 - Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 24.10.2024 zum TOP 5.7 – hier: kurzfristiger Lösungsansatz.../ hier: aktueller Sachstand
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0367/25 |
| 7.3. | Festlegung aus der öffentl. Sitzung SBUKV vom 23.01.2025 DS 1484/24 + DS 0187/25 - TOP 6.3 und 6.3.1 - Neubau Schulsporthalle für die GEM 6 in Hochheim/ hier: Stellplatzschlüssel Schulneubauten
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr | 0369/25 |
| 8. | Informationen | |
| 8.1. | Sachstandsbericht ICE-City-Ost, DB Campus, Bebauungsplan KRV706
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung
hinzugezogen: Vertreter der Deutschen Bahn | 2491/24 |
| 8.2. | Gutachterliche Stellungnahme zur Ansiedlung großflächiger Lebensmittelmärkte außerhalb zentraler Versorgungsbereiche
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung | 2528/24 |
| 8.3. | Gemeindebeteiligung nach §6 EEG 2023 (Erneuerbare Energien Gesetz)
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes | 2537/24 |
| 8.4. | Information zum Sachstand der Umsetzung von Haushaltbegleitbeschlüsse zur Haushaltsplanung 2024/2025 (Beschluss StR 2436/23); hier: Nr. 14, 16, 18, 30 und 41
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement | 0106/25 |

- 8.5. Prüfbericht zur überörtlichen vergleichenden Prüfung durch den Thüringer Rechnungshof "Baubedarf an Schulen und Sporthallen bei staatlichen Schulträgern in den Haushaltsjahren 2016-2020" - Abschlussbericht vom 16.12.2024
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement **0171/25**
- 8.6. Mündliche Informationen
- 8.6.1. Besetzung Koordinierungsstelle Klimaschutz **0566/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Wahl
hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport
- 8.7. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, Pressevertreter und alle Gäste.

Zu Beginn der Sitzung waren 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Durch den Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, wurde informiert, dass unter dem Tagesordnungspunkt 2.1 eine Dringliche Entscheidungsvorlage des Oberbürgermeisters vorliegt. Hierbei handelt es sich um die Drucksache 0244/25 „Komplexprojekt Grüne Clara - Bestätigung der Entwurfsplanung“. Nachdem keine Begründung zur Dringlichkeit erbeten wurde, bat der Ausschussvorsitzende die Ausschussmitglieder um Abstimmung über die Aufnahme der Entscheidungsvorlage in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit bestätigt. Die Drucksache 0244/25 wurde unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 Dringliche Angelegenheiten eingeordnet.

Weiterhin teilte Herr Kordon mit, dass unter dem Tagesordnungspunkt 8.6.1 eine mündliche Informationsaufforderung

„Besetzung Koordinierungsstelle Klimaschutz“ (Drucksache 0566/25)

von Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eingereicht wurde.

Her Kordon verwies auf den § 13 der Geschäftsordnung des Erfurter Stadtrates, nach welchem darüber abzustimmen ist, ob die Fragestellung für den Ausschuss zugelassen wird. Er bat sodann die Ausschussmitglieder über die Behandlung der mündlichen Informationsaufforderung abzustimmen:

Abstimmungsergebnis

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Des Weiteren erklärte Herr Kordon, dass ein nicht fristgerecht eingereichter Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 1369/24 - Bebauungsplan ANV770 - "Erholungsgebiet Andreasried" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss (Drucksache 0602/25, TOP 6.1.1) vorliegt. Es ist ebenfalls darüber abzustimmen, ob der Änderungsantrag in die Tagesordnung aufgenommen werden soll, erklärte Herr Kordon. Mit nachstehendem Ergebnis wurde die Drucksache in die Tagesordnung aufgenommen:

Abstimmungsergebnis

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Vor dem Hintergrund der anwesenden, geladenen Gäste, wie die Vertreter der Deutschen Bahn und der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG Thüringen) wurde durch den Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen den Tagesordnungspunkt 8.1 – Sachstandsbericht ICE-City-Ost, DB Campus (Drucksache 2491/24) vor dem Tagesordnungspunkt 3 – Dringliche Angelegenheiten – zu behandeln. Gegen die unterbreitete Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt. Abschließend bat Herr Kordon die Ausschussmitglieder über die geänderte Tagesordnung abzustimmen:

Abstimmungsergebnis

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

3.1. Komplexprojekt Grüne Clara - Bestätigung der Entwurfsplanung 0244/25 BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff, bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern für ihre Annahme des Gesprächsangebots zur Entwurfsplanung im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr. Bei der hier zur Abstimmung vorgesehenen Beschlussvorlage handelt es sich um die Entscheidung über die Leistungsphase 3. Der entsprechende Fördermittelbescheid liegt bereits vor, erklärte Herr Bärwolff weiter.

Unter Verweis auf die in der Clara-Zetkin-Straße befindlichen Packstation, vor welcher scheinbar ein Grünstreifen, anstelle von Parkräumen, vorgesehen ist, gab Herr Städter, Fraktion SPD & PIRATEN, zu bedenken, dass dieser Grünstreifen erfahrungsgemäß trotzdem von Autofahrern verwendet werden wird und somit nach kurzer Zeit beschädigt wäre. Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes bedankte sich für den Hinweis und entgegnete, dass im Rahmen der noch ausstehenden Feinabstimmungen dies sicherlich Berücksichtigung findet.

An der weiteren Beratung beteiligten sich außerdem Frau Held, Fraktion Die Linke, Herr Goldstein, Fraktion CDU, Herr Prechtl, Fraktion Mehrwertstadt, Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie die sachkundigen Bürger Herr Leutloff und Herr Schubert.

Auf Nachfragen, ob bei Aufrechterhaltung der Tempo-30-Zone nach Fertigstellung des Komplexprojektes eine sog. „Grüne Welle“ erreicht werden könnte, teilte der zuständige Abteilungsleiter für Verkehrsplanung mit, dass in zwei Testläufen mit einer Tempo-30 sowie Tempo-50-Beschränkung jeweils keine „Grüne Welle“ erreicht wurde.

Wegen der nochmaligen Reduzierung der Parkplätze, wurde um Auskunft gebeten, ob grundlegend zum Erhalt von Parkflächen z. B. eine Quartiersgarage geplant ist. Es wurde entgegnet, dass im Umfeld noch Stellplatzpotentiale wie z.B. in den umliegenden Tiefgaragen vorhanden wären und durch die Errichtung einer Quartiersgarage nicht Bestandteil der Maßnahme sei. Nach Abschluss der Maßnahme sollen noch 56 Parkplätze existieren.

Es wurde zudem darum gebeten, ausreichende Stellplätze vor dem sich in der Clara-Zetkin-Straße befindlichen Geburtshaus für Rettungsfahrzeuge und werdende Mütter vorzuhalten. Hierzu unterrichtete Herr Bärwolff, dass bereits bei der Errichtung des Provisoriums die gesonderten Parkflächen berücksichtigt wurden und dies selbstverständlich auch bei der Umsetzung der Komplexmaßnahme Beachtung finden wird.

Es wurde weiterhin über die beabsichtigte Beleuchtung informiert, bei welcher eine warmweißer Beleuchtungston bei sehr niedrigen UV-Werten verwendet werden soll. Aufgrund der Nachfragen wegen der erwarteten Kosten zu Begrünung, einigte sich der Ausschuss auf die folgende Festlegung:

Drucksache 0652/25	Unter Bezugnahme auf die vorgestellten Pläne zur Begrünung des Komplexprojekts Grüne Clara, bittet der Ausschuss um eine Übersicht, welche Folgekosten für die Grünanlagen erwartet werden. T: 03.04.2025 V: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt
-------------------------------	--

Bei den Entwurfsplanungen sei ein offensichtlicher Mehrwert, gerade im Bereich des Fußverkehrs, zu erkennen. Dennoch wurde abschließend darauf hingewiesen, dass bei der Platzierung der Blindenverkehrsstreifen die Wegeführung nochmals überarbeitet werden sollte, da die Verortung in den „Bögen“ ungeeignet ist. Dies wurde durch die Verwaltung für die Ausführungsplanung zugesichert.

Nachdem kein weiterer Beratungsbedarf bestand, bat der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, die Ausschussmitglieder über die Drucksache abzustimmen.

beschlossen Ja 8 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die vorliegende Entwurfsplanung für die Komplexmaßnahme Grüne Clara (Anlage 1-4¹) wird im Sinne des §10 Abs.3 ThürGemHV beschlossen und bildet damit die Grundlage für die weiteren Planungsphasen und die Ausschreibung der Bauleistungen.

4. Behandlung von Anfragen

- 4.1. Verkehrssituation - Grundschule am Schwemmbach 2132/24
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Kordon
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Aufgrund der Anwesenheit des Elternsprechers sowie eines Schülers der Grundschule am Schwemmbach, bat Herr Kordon diesen das Rederecht zu erteilen. Es wurde einstimmig erteilt.

Abstimmungsergebnis

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Das Wort wurde sodann an den Elternsprecher sowie Schüler übergeben. Diese schilderten die derzeitige Verkehrssituation und Gefahren für Eltern und Kinder durch das teils chaotische Parkaufkommen. Zudem wurde kritisiert, dass es den Anschein erweckt, dass überhaupt keine vertiefte Prüfung am Schulstandort durchgeführt wurde. Nach Ansicht der Elternvertretung könnte die Situation u. a. durch die Umwidmung der Straße zu einer Einbahnstraße, die Installation eines Fußgängerstreifens, dem Einsatz von Schülerlotsen oder der Errichtung temporärer Halteverbots- und/ oder Parkverbotszonen die Verkehrssituation nachhaltig verbessern und die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen.

Herr Prechtl, Fraktion Mehrwertstadt, erkundigte sich welche Anstrengungen seitens der Grundschule und Gemeinschaftsschule in der Vergangenheit unternommen wurden, um die Verkehrssituation zu beeinflussen. Hierzu erklärte der Elternsprecher, dass neben Elternansprachen auch durch Schüler Verkehrssicherheitsprojekte vorgestellt wurden, um eine Sensibilisierung zu erreichen. Ebenso habe man sich mit der Polizei in Verbindung gesetzt, um Schülerlotsen zum Einsatz zu bringen. Seitens der Polizei wurde jedoch mitgeteilt, dass die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind.

Wegen des unterbreiteten Vorschlags, sich im Rahmen eines Vororttermins, selbst ein Bild von der Situation zu machen, entgegnete der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff, dass dies durchaus mehrfach stattgefunden habe, und man im Bilde sei. Aufgrund der Vielzahl an Bedürfnissen, gäbe es leider nicht die eine Lösung, um die Wünsche aller Beteiligten vollumfänglich zu erfüllen. Das Angebot eines erneuten Vororttermins sei unproblematisch umsetzbar. Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes ergänzte wegen der

¹ als Anlagen 1; 2.1; 2.2; 2.3; 2.4; 2.5; 3 und 4 der Niederschrift beigefügt

Idee von Haltebuchten, dass dies eine Änderung der Verkehrsführung erfordere und somit zur Verschlechterung der Parkplatzsituation für die umliegenden Anwohner führen würde.

Durch Herrn Schlösser, Fraktion AfD, wurde um Auskunft gebeten, ob bereits der Einsatz von sog. Temposchwellen überprüft wurde. Hierzu erklärte der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes, dass durchaus der Einsatz von Temposchwellen in Erwägung gezogen wurde, man sich jedoch nach einer Beratung mit Vertretern des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz gegen den Einsatz solcher Schwellen vor allem unter dem Aspekt von Rettungs- und Krankentransporten entschieden habe.

Abschließend verständigte man sich zeitnah einen Vororttermin zu den bekannten Stoßzeiten durchzuführen, um im Wege einer gemeinsamen Begutachtung ggf. nach neuen Lösungsansätzen zu suchen. Die Ergebnisse des Vororttermins wird die Verwaltung selbstständig vorstellen.

zur Kenntnis genommen

- 4.2. Arbeitsstand Begrünungssatzung 2224/24**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Rötsch und
Herr Straube
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Im Namen der fragestellenden Fraktion äußerte Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, sein Unverständnis hinsichtlich der Beantwortung. Er bat um Auskunft, wann mit einer Entspannung im Personalbereich gerechnet werden könne bzw. die weitere Bearbeitung in den zu beteiligenden Fachämtern erfolgt wird.

Hierzu wurde erläutert, dass bereits seit mehr als zwei Jahren die angespannte Personalsituation gegeben sei und zwischenzeitlich bereits Personalbedarf angemeldet wurde. Zudem wurde die Angelegenheit mittels „Outsourcing“ an externe Anbieter „ausgelagert“. Aufgrund der notwendigen fachspezifischen Nachprüfung, ist eine danach notwendige Bearbeitung wegen der Personaldecke derzeit nicht möglich, schloss der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff, seine Ausführungen ab.

zur Kenntnis genommen

- 4.3. Gemeinschaftsschule 8 und 10: Verkehrssituation Mittel- 2282/24**
häuser Straße
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Kordon
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr
hinzugezogen: Schulleitung Gemeinschaftsschule 8 und
10

Auf Wunsch des Fragestellers wurde die Schulleitung der Gemeinschaftsschulen 8 und 10 (GM) zur Sitzung geladen. Vor diesem Hintergrund und der Anwesenheit der geladenen Gäste, bat der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, dem Schulleiter der GM 8 sowie der stellv. Schulleiterin der GEM 10 das Rederecht zu erteilen, welches einstimmig erteilt wurde.

Abstimmungsergebnis

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Es wurde nochmals die Verkehrssituation im angesprochenen Bereich geschildert. Man sei sich sicher, dass beim Ausfahren die Gefahr eines plötzlichen Zusammenstoßes minimiert werden könne, wenn ein entsprechender Spiegel installiert werden würde, um nahenden Verkehr wahrzunehmen. Aber auch das Aufstellen von Pflanzkübeln oder größeren Steinen vor der Einfahrt könnten Abhilfe schaffen, so die stellv. Schulleiterin der GM 10.

Hierzu entgegnete Herr Prectl, Fraktion Mehrwertstadt, dass es sich seiner Ansicht nach bei der geschilderten Problematik um ein subjektives Sicherheitsempfinden handelt und grundlegend beim Ausfahren aus Einfahrten Vorsicht geboten ist. Seines Erachtens nach ist die Stadtverwaltung Erfurt nicht verpflichtet in diesem Bereich Maßnahmen zu ergreifen, da jeder Verkehrsteilnehmer gegenseitige Rücksichtnahme walten lassen sollte.

Auf Wunsch des Fragestellers wurde die Schulleitung der Gemeinschaftsschulen 8 und 10 (GM) zur Sitzung geladen. Vor diesem Hintergrund und der Anwesenheit der geladenen Gäste, bat der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, dem Schulleiter der GM 8 sowie der stellv. Schulleiterin der GEM 10 das Rederecht zu erteilen, welches einstimmig erteilt wurde.

Abstimmungsergebnis

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Es wurde nochmals die Verkehrssituation im angesprochenen Bereich geschildert. Man sei sich sicher, dass beim Ausfahren die Gefahr eines plötzlichen Zusammenstoßes minimiert werden könne, wenn ein entsprechender Spiegel installiert werden würde, um nahenden Verkehr wahrzunehmen. Aber auch das Aufstellen von Pflanzkübeln oder größeren Steinen vor der Einfahrt könnten Abhilfe schaffen, so die stellv. Schulleiterin der GM 10.

Hierzu entgegnete Herr Prectl, Fraktion Mehrwertstadt, dass es sich seiner Ansicht nach bei der geschilderten Problematik um ein subjektives Sicherheitsempfinden handelt und grundlegend beim Ausfahren aus Einfahrten Vorsicht geboten ist. Seines Erachtens nach ist die Stadtverwaltung Erfurt nicht verpflichtet in diesem Bereich Maßnahmen zu ergreifen, da jeder Verkehrsteilnehmer gegenseitige Rücksichtnahme walten lassen sollte.

Abschließend sicherte die Verwaltung zu, den Vorschlag zur Begrenzung der Parkverbotszone durch das Ablegen von Steinen zu prüfen. Es lagen keine weiteren Fragen vor.

zur Kenntnis genommen

4.4. Treppe Brühler Holzweg/Nicolaus-Siegen-Straße
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Rechenbach
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

2357/24

Der Fragesteller, Herr Rechenbach, Fraktion CDU, erkundigte sich, ob durch das Aufstellen von sog. „Rampensteinen“ eine Überwindung der derzeitigen Barriere ermöglicht werden könnte. Hierzu entgegnete der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes, dass zum einen die Grundstücksverhältnisse eine Verbreiterung der Treppe verhindern, da die angrenzenden Grundstücke nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Erfurt stünden. Zudem würde durch eine Rampe die Stolper- und Sturzgefahr nicht gemindert, da aufgrund der vorliegenden Treppe die Barrieren dennoch nicht gänzlich entnommen werden können. Die Veränderungen wurden nicht durch Stadtverwaltung durchgeführt, sondern sind das Ergebnis einer privaten Baumaßnahme. Abschließend habe man sich darauf verständigt, die vorgenommenen Veränderungen zu belassen.

zur Kenntnis genommen

4.5. Mobiliar im öffentlichen Raum am Beispiel Anger
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Morgenroth
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

2474/24

Aufgrund der konfliktbehafteten Thematik sowie unbefriedigenden Beantwortung durch den Oberbürgermeister, wurde im Namen der fragestellenden Fraktion, durch Herrn Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, eine aussagekräftigere Beantwortung der aufgeworfenen Fragen erbeten.

Der Ausschuss einigte sich sodann auf die folgende Festlegung:

Drucksache 0656/25	Durch die fragestellende Fraktion wurde die Unzufriedenheit mit der Antwort zum Ausdruck gebracht. Es wird eine erneute erläuternde Beantwortung der Fragen erbeten. Unter Bezugnahme auf die Beantwortung der Anfrage, wird um Auskunft gebeten, was mit dem Mobiliar geschehen ist, welches aufgrund der Bestuhlung der LÖsteria weichen musste. Zudem bittet Ausschuss um nähere Erläuterungen, welche Konsequenzen bei Verstößen gegen die Handlungsrichtlinie gezogen werden. T: 03.04.2025 V: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt
-------------------------------------	---

zur Kenntnis genommen

- 4.6. **Selbstverpflichtung zum Baumschutz und das Baumkataster** 0080/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Maicher
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport

Im Namen des Fragestellers, erbat Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, zumindest die ungefähre Nennung einer Zeitschiene, ab wann mit der Umsetzung gerechnet werden könne bzw. wie die Stadt denkt, die noch bestehenden Defizite zu beseitigen.

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr, verwies zunächst auf die gerade erfolgte Neubesetzung der Leitung des Garten- und Friedhofsamtes ab dem 01.03.2025. Zudem erinnerte er, dass im vergangenen Jahr 2024 mehr als 500 Neupflanzungen erfolgt sind. Darüber hinaus existieren eine Vielzahl an verschiedensten Pflanzprojekten.

Aufgrund der Fragen zur Beseitigung des Pflanzdefizits, einigten sich die Ausschussmitglieder auf folgende Festlegung:

Drucksache 0653/25	<p>Vor dem Hintergrund bestehender Stadtratsbeschlüsse zur Nachpflanzungsstrategie, bittet der Ausschuss um Auskunft, wie die Stadtverwaltung die selbst gesetzten Ziele zur jährlichen Neupflanzungen von 1.500 Bäumen pro Jahr bzw. die entsprechende Anzahl der Ausgleichs- nachpflanzungen für durchgeführte Baumfällungen erreichen will.</p> <p>T: 03.04.2025 V: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt</p>
-------------------------------------	---

zur Kenntnis genommen

5. **Behandlung von Entscheidungsvorlagen**

- 5.1. **Generalsanierung der Kindertagesstätte 70 "Haselnussweg"** 2192/24
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement
hinzugezogen: stellv. Ortsteilbürgermeister Wiesenhügel

Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit dem Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 5.1.1:

Hinsichtlich der Anfrage durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kordon, Fraktion CDU, wie weit man mit der Suche nach einem Standort sei, erläuterte der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, dass nunmehr die Entwurfsplanung erstellt werden soll und das Jugendamt final nach einem geeigneten Standort für den Waldkindergarten suche.

Auf Nachfragen von Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ob bei der Fassadengestaltung ggf. eine fröhlichere, der Einrichtung entsprechende Gestaltung möglich wäre, entgegnete der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, dass die Außengestaltung durch den zuständigen Architekten in Absprache mit der Einrichtung erfolgte.

Abschließend erkundigte sich Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, wie sich die KITA-Bedarfe derzeit darstellen. Der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement erklärte, dass die Bedarfslage sich im Moment in einigen Gegenden entspannt habe und freie Plätze somit als „Puffer“ verwendet werden können.

Nachdem kein weiterer Beratungsbedarf bestand, bat der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU die Mitglieder zunächst über den Änderungsantrag abzustimmen.

Abstimmungsergebnis Drucksache 0555/25
bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Aufgrund der Annahme des Änderungsantrages, rief der der Ausschussvorsitzende zur Abstimmung über die Ursprungsdrucksache in geänderter Form auf:

mit Änderungen beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Vorplanung (Leistungsphase 2) für das Investitionsvorhaben „Generalsanierung der Kita 70“ mit geschätzten Gesamtkosten von 9.789.465,60 EUR (Anlage 1-5²), wird im Sinne des § 10 Abs. 2 ThürGemHV beschlossen und bildet die Grundlage für die Bearbeitung der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3).

5.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2192/24 - Generalsanierung der Kindertagesstätte 70 "Haselnussweg" 0555/25
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

5.2. Neubau 2. BA Erweiterung mit Mensa für die Grundschule 19 "Christian Reichardt", Im Gebreite 34, Erfurt 2266/24
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement

Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit dem Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 5.2.1:

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bedankte sich für die positive Stellungnahme. Weiterer Beratungsbedarf lag nicht vor.

Aufgrund des vorliegenden Änderungsantrages, bat der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, die Ausschussmitglieder zunächst über den Änderungsantrag zu votieren:

Abstimmungsergebnis Drucksache 0556/25
bestätigt Ja 9 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0

Nach Annahme des Änderungsantrages votierte der Ausschuss sodann mit nachstehenden Ergebnis über die Entscheidungsvorlage in geänderter Form:

mit Änderungen beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

² als Anlage 5 – geänderte Anlage 1 der Ursprungsdrucksache sowie Anlage 6, 7, 8 9 (Anlagen 2, 3, 4 und 5 der Ursprungsdrucksache

Beschluss

Die Vorplanung (Leistungsphase 2) für das Investitionsvorhaben „Neubau 2. BA Erweiterung mit Mensa für die Grundschule 19“ (Anlage 1-4³), mit geschätzten Gesamtkosten von 6.875.507,27 EUR, wird im Sinne des § 10 Abs. 2 ThürGemHV beschlossen und bildet die Grundlage für die Bearbeitung der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3).

- 5.2.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2266/24 - Neubau 2. BA Erweiterung mit Mensa für die Grundschule 19 "Christian Reichardt", Im Gebreite 34, Erfurt 0556/25
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

bestätigt Ja 9 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 6.1. Bebauungsplan ANV770 - "Erholungsgebiet Andreasried" - 1369/24
Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
BE: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit dem Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 6.1.1:

Nach Aufruf der Drucksachen durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kordon, Fraktion CDU, ergriff Frau Held, Fraktion Die Linke, das Wort und informierte über die anwesende Betreiberin des "Café Pony". Vor diesem Hintergrund bat Frau Held um Erteilung des Rede-rechts für die Inhaberin.

Abstimmungsergebnis

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Es wurde sodann unterrichtet, dass die Kosten des Cafés weiter anfallen würden und sich die Frage stelle, ob vor diesem Hintergrund mit einer Wiedereröffnung überhaupt gerechnet werden könne. Herr Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN, bat um Auskunft, ob die im Sachverhalt benannten zwei Grillstellen wieder berücksichtigt werden und dies, sollte es der Fall sein, im Lageplan ergänzt werden sollte. Weiterhin erkundigte er sich, ob ggf. eine Konkurrenz zu weiteren gastronomischen Einrichtungen, wie die am Sportplatz, im Hinblick auf eine Wiedereröffnung des „Café Pony“ entstehen würde. Hierzu teilte der zuständige Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung mit, dass durchaus Nutzungskonflikte zur Sportlergaststätte entstehen könnten und es immer Ziel sei, diese

³ Anlage 10 – geänderte Anlage 1 der Ursprungsdrucksache, Anlage 11 bis 13 (ehemals Anlagen 2 bis 4 der Ursprungsdrucksache)

Konflikte so gering wie möglich zu halten. Im Hinblick auf die erwähnten Grillstationen erklärte er weiter, dass diese in diesem Planungsstadium kein Bestandteil darstellen, da es sich hier um den Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans handelt. Herr Dr. Warweg, sachkundiger Bürger, erinnerte, dass die Grillplätze durch die Bürger positiv angenommen und dauerhaft stark genutzt wurden. Aus diesem Grund sollte es ein wichtiges Planungsziel sein die erneute Installation mit zu berücksichtigen.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat um Auskunft, ob das Café rechtlich eine Bestandsimmobilie darstelle bzw. welche Verfahren bestünden, um es in eine Bestandsimmobilie umzuwidmen. Im Rahmen eines Bauleitplanverfahren könnte eine Umwidmung erfolgen, jedoch entstehen keine Vorteile hinsichtlich der Dauer des Verfahrens, erläuterte der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung. Von einem Verfahren gem. § 12 BauGB wurde bereits Abstand genommen.

Nachdem kein weiterer Beratungsbedarf bestand, bat der Ausschussvorsitzende die Mitglieder zunächst über den Änderungsantrag gem. Drucksache 0602/25 abzustimmen:

Abstimmungsergebnis

abgelehnt Ja 6 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

Im Anschluss votierten die Ausschussmitglieder mit nachstehenden Ergebnis über die ursprüngliche Drucksache:

bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

6.1.1. **Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 1369/24 - 0602/25**
 Bebauungsplan ANV770 - "Erholungsgebiet Andreasried" -
 Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
 BE: Vertreter der Fraktion Die Linke

abgelehnt Ja 6 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

6.2. **Evaluierung des Bebauungsplan BUE219 - aktuelle gesetz- 0105/25**
 lichen Rahmenbedingungen bzgl. Klima und Starkregen
 BE: Ortsteilbürgermeister Urbich
 hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Kultur,
 Stadtentwicklung und Welterbe

Es wurde durch den Ortsteilbürgermeister Urbichs, Herrn Fitzenreiter über die Position des Ortsteilrates informiert Der Ortsteilbürgermeister Linderbachs, Herr Petzold, beklagte, dass trotz der direkten Nähe keine Einbindung seines Ortsteilrates in die Prozesse erfolgt sei und dieser die Initiative des Ortsteils unterstütze. Es wurde betont, dass gerade in Anbetracht von Starkregenereignissen eine Aktualisierung der Rahmenbedingungen dringend notwendig ist.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; erkundigte sich, aus welchen Gründen die betreffende Straße seinerzeit nicht realisiert wurde und ob dort mit Bebauungen zu rechnen sei. Durch den zuständigen Bereichsleiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung wurde daran erinnert, dass die Stadt Erfurt dieses Gebiet im Rahmen der Eingemeindung übernommen habe und somit auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Im Laufe der Zeit wurden 2/3 des Bebauungsplans umgesetzt. Die übrigen 1/3 des Gebiets fallen unter die Ewigkeitsklausel, was bedeutet, dass die Möglichkeit besteht in diesem Bereich zu bauen.

Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, wandte sich an den Ortsteilbürgermeister von Urbich und bat um nähere Informationen, welche Ziele mit der erwünschten Evaluation verfolgt werden. Durch Herrn Fitzenreiter wurde klargestellt, dass grundlegend keine Einwände ggü. dem Bebauungsplan bestünden, man jedoch bedenken sollte, dass sich die Anforderungen in den vergangenen 30 Jahren, gerade bei der Thematik Klima und Starkregenereignisse, verändert hätten. Die Stadt sollte aus diesem Grund prüfen, wie sich der Abfluss des Wassers gestaltet, sollte dieser Bereich bebaut werden. Diese Erkenntnisse müssten sodann abschließend als neue Kriterien mit in den B-Plan einfließen.

Hinsichtlich der befürchteten Stauung von abfließendem Wasser bei Starkregenereignissen, erläuterte der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes die derzeitigen Fließmengen und die zu erwartenden, sollte der Bereich bebaut werden. Die Auswirkungen seien marginal.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, die Ausschussmitglieder auf über die vorliegende Drucksache zu votieren.

bestätigt Ja 6 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

6.3. Bonusregelungen für EVAG-Kunden wegen Fahrpläneinschränkungen bei steigenden Ticketpreisen 0297/25
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit dem Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 6.3.1:

Als Vertreter der einreichenden Fraktion Die Linke, erläuterte Herr Gruber nochmals die Hintergründe der eingebrachten Initiative. Die derzeitige Situation habe sich durchaus verbessert, jedoch seien die Einschränkungen, gerade in den Randbezirken, immer noch spürbar. Eine Entschädigung für die Zeit des Notfallplans wird es jedoch nicht geben. Vor diesem Hintergrund sollte man ein symbolisches Zeichen setzen. Zudem seien die Preise in Erfurt vergleichsweise zu anderen Städten hoch.

Es wurde von Herrn Frenzel, Fraktion SPD & PIRATEN entgegnete, dass die Personalproblematik eine Vielzahl von Verkehrsbetrieben in der gesamten Bundesrepublik betreffe. Dar-

über hinaus erfüllt die EVAG seit dem 01.02.2025 wieder die gesetzlichen Vorgaben zum Fahrplan. Durch diese Vorlage würde lediglich das Unternehmen geschädigt, was im Umkehrschluss Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt hätte. Zielführender sei es, Lösungen wegen des Fachkräftemangels zu suchen, schloss Herr Frenzel seine Ausführungen ab. Frau Wahl, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, schloss sich den Aussagen ihres Vorredners an.

Auch der Beigeordnete für Bau und Verkehr erklärte, dass die Intentionen der Vorlage nachvollziehbar sind, es jedoch fraglich ist, ob dies das richtige Mittel sei.

Der Antrag sei nach Ansicht von Herrn Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, durchaus sympathisch, dennoch sei es ratsamer finanzielle Ressourcen in die Zukunft zu investieren.

Abschließend erklärte Herr Gruber, dass mit der Initiative Impulse gesetzt werden sollten, damit man mittel- und langfristig keine Fahrgäste verliert. Zum Änderungsantrag wurde mitgeteilt, dass dieser positiv bewertet wird.

Es lagen keine weiteren Fragen vor. Der Ausschussvorsitzende, Herr Kordon, Fraktion CDU, bat die Ausschussmitglieder zunächst über den Änderungsantrag gem. Drucksache 0447/25 abzustimmen:

Abstimmungsergebnis

bestätigt Ja 9 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0

Aufgrund der Zustimmung in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erübrigte sich ein Votum über die Ursprungsdrucksache.

bestätigt mit Änderungen

- 6.3.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0297/25 - Bonusregelungen für EVAG-Kunden wegen Fahrplaneinschränkungen bei steigenden Ticketpreisen** **0447/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

bestätigt Ja 9 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0

- 6.4. **Barrieren für Spielplätze in Erfurt abbauen** **0460/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter Bau und Verkehr

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Bärwolff, erläuterte bzgl. der Kritik des sachkundigen Bürgers, Herrn Leutloff, über angebliche Verstöße gegen seit 2018 vorliegende Gesetzesänderungen zu barrierefreien Spielplatzneubauten, die Arbeitsweise der Verwaltung bzgl. der Einhaltung der DIN8084. Eine vollkommene Barrierefreiheit zu erreichen, ist nicht in jedem Fall umsetzbar, dennoch wird seitens der Verwaltung mit der Vorgabe gearbeitet, alle Richtlinien einzuhalten.

Als Vertreterin der einreichenden Fraktion erläuterte Frau Wahl, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, nochmals das Ansinnen der Vorlage. Man wolle sensibilisieren zukünftig auch barrierefreie Angebote zu berücksichtigen.

Durch Herrn Städter, Fraktion SPD & PIRATEN, wurde der mündliche Antrag gestellt, über die Beschlussvorlage mittels Einzelabstimmung zu votieren. Der Ausschussvorsitzende bat sodann die Ausschussmitglieder über den mündlichen Antrag von Herrn Städter abzustimmen. Mit nachstehenden Ergebnis entschieden sich die Ausschussmitglieder für die Vorgehensweise der Einzelabstimmung:

Abstimmungsergebnis Einzelabstimmung:

Ja 8 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie bei der Sanierung bestehender sowie bei der Errichtung neuer Spielplätze in Erfurt barrierefreie Spielelemente integriert werden können. Dabei kann der Spielplatz "Bella" als Vorbild dienen.

bestätigt Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

02

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept, das zum Ziel hat, mindestens einen zusätzlichen Spielplatz mit barrierefreien Spielelementen pro Jahr in Erfurt zu realisieren. Dies kann per Neubau oder Sanierung bestehender Spielplätze erfolgen.

abgelehnt Ja 6 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

03

Dafür legt die Verwaltung bis zum Ende des 4. Quartals 2025 einen Fahrplan vor, der mindestens folgende Punkte umfasst:

- a. Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Barrierefreiheit auf Erfurter Spielplätzen
- b. Möglichkeiten zur Nachrüstung bestehender Spielplätze mit barrierefreien Elementen
- c. Beschäftigung mit unterschiedlichen Arten & Formen der Barrierefreiheit
- d. Kriterien für die Auswahl geeigneter Standorte für neue barrierefreie Spielplätze
- e. Eine Kostenschätzung und realistische Zeitplanung für die Umsetzung des Konzepts
- f. Mögliche Fördermittel auf Landes- und Bundesebene zur Finanzierung des Vorhabens

bestätigt mit Änderungen Ja 4 Nein 3 Enthaltung 6 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SBUKV vom 23.01.2025 zum TOP 5.5 – DS 2052/24 - Magdeburger Allee: Müll in den Baumscheiben/ hier: Nachpflanzungen
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr 0366/25

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SBUKV vom 23.01.2025 DS 2075/24 - TOP 8.2 - Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SBUKV vom 24.10.2024 zum TOP 5.7 – hier: kurzfristiger Lösungsansatz.../ hier: aktueller Sachstand
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr 0367/25

zur Kenntnis genommen

- 7.3. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SBUKV vom 23.01.2025 DS 1484/24 + DS 0187/25 - TOP 6.3 und 6.3.1 - Neubau Schulsporthalle für die GEM 6 in Hochheim/ hier: Stellplatzschlüssel Schulneubauten
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr 0369/25

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Sachstandsbericht ICE-City-Ost, DB Campus, Bebauungsplan KRV706
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung
hinzugezogen: Vertreter der Deutschen Bahn 2491/24

Der Aufruf der Angelegenheit erfolgte direkt nach dem Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen zur Tagesordnung:

Vor dem Hintergrund der anwesenden, geladenen Gäste, Vertreter der Deutschen Bahn (DB) und der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG Thüringen), bat der Ausschussvorsitzende die Ausschussmitglieder um Erteilung des Rederechts. Dieses wurde einstimmig mit nachstehenden Ergebnis erteilt:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Das Wort wurde an den Vertreter der DB übergeben. Im Rahmen einer Präsentation⁴ wurde über die aktuellen Pläne auf den Flächen der Deutschen Bahn bzgl. der Errichtung des DB Campus berichtet. Nach Abschluss der Vorstellung wurde die Beratung eröffnet, an welcher sich u. a. Herr Kordon, Fraktion CDU, Herr Stolp und Herr Gruber, Fraktion Die Linke sowie Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN beteiligten. Es wurde lobend erwähnt, welches innovatives Projekt geplant ist und welche Nachhaltigkeitsbestrebungen angedacht sind. Auch die Kooperationen mit der Kreativ- und Veranstaltungsstätte „Zughafen Kulturbahnhof GmbH“ wurden positiv bewertet. Dennoch wurde der Standort des Parkhauses und die Größe hinterfragt. Nach Ansicht von Herrn Gruber und Herrn Stolp sei eine Verlagerung des Standortes in östlicher Richtung hin zum Wohngebiet ratsamer, da zum einen der Blick des Promenadendecks frei bleiben würde und die Anwohner der östlichen Quartiere die Quartiergarage mitnutzen könnten. Aufgrund der Nachfragen zum Standort einigte sich der Ausschuss auf die nachstehende Festlegung:

Drucksache 0654/25	<p>Im Hinblick auf die vorgestellten Standortpläne der Quartiergarage bittet der Ausschuss um Auskunft, ob der Standort weiter östlich in Richtung der Wohnquartiere angesiedelt werden könnte bzw. soll eine Begründung für die Standortwahl vorgelegt werden.</p> <p>T: 03.04.2025 V: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe</p>
-------------------------------	---

Nachdem kein weiterer Beratungsbedarf bestand, bedankte sich der Ausschussvorsitzende im Namen aller Ausschussmitglieder bei den Gästen für die interessante Präsentation des Projekts. Die Beratung wurde beendet und die Gäste verabschiedet.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Gutachterliche Stellungnahme zur Ansiedlung großflächiger Lebensmittelmärkte außerhalb zentraler Versorgungsbereiche 2528/24**
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Nach Aufruf Angelegenheit kritisierte Herr Kordon, Ausschussvorsitzender, Fraktion CDU den Zeitraum zwischen der Ankündigung einer Entscheidungsvorlage im Jahr 2021 und dem nun endlich vorgelegten Gutachten. Weiterhin bemängelte er den Umfang des Gutachtens, welches seiner Ansicht nach mit vier Seiten, viel zu kurz ausgefallen sei. Er bat um eine konkrete Auskunft, wann dem Stadtrat bzw. dem Fachausschuss die entsprechende Drucksache sowie die zugesicherten Dokumente vorgelegt werden bzw. wann die angekündigte Veranstaltung mit den betroffenen Ortsteilbürgermeistern nunmehr stattfinden

⁴ Präsentation im Nachgang zur Sitzung per Mail an die Fraktionsgeschäftsstellen gesendet und als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt

soll. Da keine direkte Beantwortung der aufgeworfenen Fragen erfolgen konnte, einigte sich der Ausschuss auf die nachstehende Festlegung:

Drucksache 0655/25	Unter Bezugnahme auf das vorliegende Gutachten bzw. die Informationsdrucksache 2528/24 sowie vor dem Hintergrund des seit vier Jahren andauernden Prüfungsprozesses zum Vorhaben Lebensmittelmarkt Frienstedt und der bereits mehrfach angekündigten Vorlage einer Entscheidungsvorlage, wird um eine konkrete Auskunft (unter Nennung eines Datums) gebeten, wann dem Stadtrat bzw. dem Fachausschuss die entsprechende Drucksache sowie die zugesicherten Dokumente vorgelegt werden bzw. wann die angekündigte Veranstaltung mit den betroffenen Ortsteilbürgermeistern nunmehr stattfinden soll. T: 03.04.2025 V: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe
-------------------------------	---

Abschließend ergriff der sachkundige Bürger, Herr Dr. Warweg, das Wort und äußerte sein Unbehagen hinsichtlich der Äußerungen über das vorgelegte Gutachten, da er diese als Diskreditierung der Arbeit des Gutachters betrachtete.

zur Kenntnis genommen

- 8.3. **Gemeindebeteiligung nach §6 EEG 2023 (Erneuerbare Energien Gesetz)** 2537/24
 BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes

Es bestanden keine weiteren Fragen.

zur Kenntnis genommen

- 8.4. **Information zum Sachstand der Umsetzung von Haushaltbegleitbeschlüsse zur Haushaltsplanung 2024/2025 (Beschluss StR 2436/23); hier: Nr. 14, 16, 18, 30 und 41** 0106/25
 BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement

Es bestanden keine weiteren Fragen.

zur Kenntnis genommen

- 8.5. **Prüfbericht zur überörtlichen vergleichenden Prüfung** 0171/25
 durch den Thüringer Rechnungshof "Baubedarf an Schulen
 und Sporthallen bei staatlichen Schulträgern in den Haus-
 haltsjahren 2016-2020" - Abschlussbericht vom
 16.12.2024
 BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement

Der sachkundige Bürger, Herr Leutloff, erlaubte sich den Hinweis unbedingt das Fazit und die Empfehlungen (vgl. hierzu S. 42/43) zu lesen und bezeichnete dieses als bemerkenswert.

zur Kenntnis genommen

8.6. Mündliche Informationen

- 8.6.1. **Besetzung Koordinierungsstelle Klimaschutz** 0566/25
 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
 Wahl
 hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicher-
 heit, Umwelt und Sport

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes erklärte, dass die betreffende Koordinierungsstelle Klimaschutz seit Sommer letzten Jahres unbesetzt sei. Er informierte, dass die Ausschreibungen für zwei weitere Stellen angekündigt wurden. Man sei hoffnungsvoll, dass die Ausschreibung der Koordinierungsstelle in Kürze erfolgen werde.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erlaubte sich den Hinweis an den Oberbürgermeister, dass gerade solche Stellen nicht über einen derart langen Zeitraum unbesetzt sein sollten.

zur Kenntnis genommen

8.7. Sonstige Informationen

Es lagen keine sonstigen Informationen vor.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Kordon, Fraktion beendete sodann die öffentliche Sitzung des Ausschusses. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Kordon
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in